
Hans-Josef Steinberg

Gab sich die Weimarer Republik auf?

Überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der zentralen DGB-Veranstaltung „Eine Demokratie gibt sich auf am 30. Januar 1983 in Mülheim/Ruhr.“

Prof. Dr. Hans-Josef Steinberg, geb. 1935, lehrte lange Jahre als Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen und ist pensioniert.

1983 - ein Jahr, um sich der Geschichte zu stellen

Es geht ein umfassendes Gedenken durch die Bundesrepublik. Die Zahl der Veranstaltungen, Ausstellungen, Fernseh- und Rundfunksendungen zum Thema 50 Jahre nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland läßt sich gar nicht mehr übersehen. Bei den Verlagen hat die Zeit nationalsozialistischer Herrschaft Konjunktur. Die überholtesten Ansichten und Interpretationen zum Thema, zum Teil aus den frühen fünfziger Jahren, werden noch einmal aufgelegt und neu aufgeputzt. Wie hieß es doch vor einigen Wochen im „Vorwärts“: „Wenn am Ende dieses Jahres nach dem meistzitierten Politiker des Jahres 1983 gefragt wird, hat ein toter Politiker Chancen, einen der vorderen Plätze zu belegen - Adolf Hitler.“

Das alles ist einerseits Ausfluß der Tatsache, daß - vor allem bei den jungen Menschen - in den letzten Jahren ein Bedürfnis entstanden ist zu erfahren, wie-das denn gekommen ist, daß sich dieses verbrecherische menschenverachtende und schließlich menschenvernichtende System in Deutschland hat etablieren können und sich bald auch Massenloyalität schaffen konnte - Widerstand, das war nicht die Regel, wie man manchmal aufgrund neuerer Veröffentlichungen meinen könnte, sondern es war die Ausnahme. Ein Volk, ein Reich, ein Füh-

rer. das war eine Parole, die zumindest ab Herbst 1935 die Wirklichkeit im deutschen Reich - wenn auch mit Einschränkungen - wiedergab. Wir wissen, daß es einen normalen Alltag unter diesem Regime gab, in dem es sich bis weit in den Krieg hinein ganz gut leben ließ und man die Augen verschließen konnte gegenüber dem, was z. B. in den Konzentrationslagern geschah. Das betraf auch die große Mehrheit der Arbeiter. Wie jüngst ein Historiker gezeigt hat, entsprach dem Terrorsystem nicht so sehr die Ausplünderung als vielmehr die soziale Bestechung der Arbeiter, nachdem die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gewaltsam zerschlagen worden waren.

So positiv ein solches Interesse einzuschätzen ist, so bedenklich muß es doch stimmen, daß das Ganze in einen die gesamte Republik umfassenden Rummel ausartet, und außer den Ewig-Gestrigen und Neonazis sich jedermann in die Schar der Gedenkenden im Sinne der Anknüpfung an tatsächliche oder vorgebliche antifaschistische Traditionen einreihet. Dadurch wird der Blick darauf verstellt, daß viele, die keine Nationalsozialisten waren, keineswegs Gegner dieser Partei, dieser Bewegung und schließlich - als sie an der Macht war - dieses Systems waren.

Mit dem allgemeinen, feierlichen Gedenken ist es überhaupt so eine Sache, und oft wird dadurch - es vollzieht sich in der Regel in gehobener Festrede unter Ausschluß der wirklich bedrängenden Parallelen und Analogien - geradezu abgelenkt von dem, was in der Tat not tut, nämlich der kritischen Analyse dessen, was geschehen ist, und dem Versuch, Lehren aus der Geschichte zu ziehen im Sinne der möglichen Verhinderung dessen, was vor fünfzig Jahren so harmlos als eines der schon zur Gewohnheit gewordenen Präsidialkabinette begonnen hatte und nicht nur Deutschland, sondern fast eine ganze Welt in Krieg und Not stürzte. Die Geschichte des Endes der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Machtergreifung ist etwas, was in mancherlei Hinsicht Anlaß gibt, Bezüge herzustellen zwischen der Gegenwart und dem, was vor fünfzig Jahren abgelaufen ist.

Bereits in der Frühphase der Weimarer Republik erwachsen die Gründe für die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten

Man hat das Deutschland der 14 Jahre zwischen der Novemberrevolution und der nationalsozialistischen Machtergreifung eine Republik ohne Republikaner, eine Demokratie ohne Demokraten genannt. Das ist zweifellos überspitzt, macht aber doch darauf aufmerksam, daß es zu wenig Republikaner und Demokraten gab, und zwar nicht erst in der Endphase der Weimarer Republik. Man hat von einer Vorbehaltsrepublik gesprochen. Selbst Sozialdemokraten standen distanziert zu dem Staat, der sich nicht zu einer sozialen Demokratie

entwickelt hatte, wie es in den Jahren 1918/19 Zielvorstellung der Sozialdemokraten gewesen war. „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel!“, sagte man in der Eisernen Front. Das Regierungsbündnis der Parteien, die 1919 in der Nationalversammlung die sogenannte Weimarer Koalition bildeten, Sozialdemokratie, Linksliberalismus und Zentrum, verlor schon im Juni 1920 die Mehrheit, und seitdem regierten bis 1930 ständig wechselnde Kabinette, dreizehn an der Zahl, unter sieben verschiedenen Reichskanzlern, ein sichtbarer Beweis für das Unvermögen auch der demokratischen Parteien und Politiker, eine dem parlamentarischen System angemessene Politik zu betreiben. Überdruß am Parlamentarismus förderte bei großen Teilen der Bevölkerung immer stärker die Bereitschaft, autoritäre Regierungsformen zu akzeptieren. Wenn man berücksichtigt, daß unter gewissen Bedingungen auch das Zentrum und die Bayrische Volkspartei 1932 bereit waren, mit den Nationalsozialisten zu koalieren, so fand das parlamentarische System in dieser Zeit schließlich bei weniger als 25 Prozent der Bevölkerung volle Unterstützung.

Man hat in den fünfzig Jahren, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung vergangen sind, immer wieder versucht, die Gründe dafür aufzudecken bzw. jene Augenblicke zu benennen, wo entschlossener Widerstand angebracht und erfolgreich hätte sein können. Neuerdings wird im Bereich der Wirtschaftsgeschichte eine These vertreten, die unzweifelhaft auf die heutige Situation zielt. Danach sei das Lohnniveau in Deutschland seit der Revolution, verglichen mit der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, entschieden überhöht gewesen. Notwendig sei eine spürbare Senkung der Lohnquote gewesen. Bis zum Beginn der Kanzlerschaft Brüning hätten die Gewerkschaften überzogene Lohnforderungen durchsetzen können und damit die Republik materiell ausgehöhlt. Das kommt einem ja, wenn man die aktuellen Diskussionen um die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise verfolgt, nicht unbekannt vor. Ich will darauf nicht weiter eingehen, sondern das Bündel von Gründen, die alle tatsächlich irgendwie mit zum 30. Januar 1933 geführt haben, benennen. Die schwere Wirtschaftskrise und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Immobilismus und Defensivhaltung bei Sozialdemokratie und Gewerkschaften, der angesichts der tatsächlichen Gefahren heute gespenstisch anmutende Wirklichkeitsverlust bei der KPD, dokumentiert in der Sozialfaschismustheorie, die Belastungen durch den Versailler Vertrag, die Senilität des Reichspräsidenten, eine unter dem Aspekt des Mißbrauchs seit 1930 als verfehlt erscheinende Verfassungskonstruktion, der Prozeß der Radikalisierung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes usw. All diese Faktoren haben zweifellos eine Rolle gespielt, doch fällt auf, daß sie schwerpunktmäßig in der Endphase der Weimarer Republik anzusiedeln sind. Demgegenüber ist es vielleicht doch angebracht, etwas genauer auch auf die Frühphase dieser Republik zu schauen.

Nach der Machtübernahme hat Rudolf Hilferding einen langen Brief an Karl Kautsky geschrieben, in dem er ausführlich und schonungslos mit der Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung abrechnete. Kernpunkt seiner Argumentation war, daß das, was zwischen 1928 und 1933 geschehen sei, nicht mehr oder nur in geringem Maße von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften beeinflussbar gewesen sei. Die tatsächlich entscheidende historische Phase sei die der Jahre 1918 bis 1920 gewesen. Damals sei die Situation „plastisch“ und man Herr der Situation gewesen; seitdem im wesentlichen nur noch Objekt der Entwicklung. In der Tat waren die Unterlassungen der ersten Stunde eine schwere Hypothek für die junge Demokratie. Die von den Massen erhofften und geforderten Maßnahmen zur gründlichen und umfassenden Demokratisierung von Verwaltung, Justiz und Militär blieben aus. Die in der Programmatik geforderte Sozialisierung der Grundstoffindustrie, vor allem des Kohlebergbaus, wurde nur halbherzig verfolgt bzw. abgeblockt.

So erschien die Weimarer Republik als das Ergebnis einer festgefahrenen Revolution. Einerseits konnten sich die traditionellen Eliten des kaiserlichen Obrigkeitsstaates überraschend schnell neu formieren, wie der Kapp-Putsch schon zeigte, andererseits wandten sich Massen enttäuschter Arbeiter ab. Bis weit in die Stammwählerschaft der Sozialdemokraten wurde es für die Arbeiter schwierig, in dieser Republik ihren Staat zu erkennen. „Klassenkampf von oben, Klassenjustiz. Klassen Wissenschaft: Das waren nicht nur polemische Schlagworte, sondern auch soziale Realitäten.“ (H.A. Winkler)

Die sogenannte „nationale Rechte“ attackierte bald mit allen Mitteln der Demagogie und der Diffamierung die Repräsentanten der jungen Republik. Es entstand ein politisches Klima der Hetze und des Hasses, in dem Fememörder mordeten, in dem der - wie es hieß - „Schandfriede von Versailles“, die These vom Dolchstoß in den Rücken des unbesiegten deutschen Heeres, die „Kriegsschuldlüge“ propagandistisch gegen das „System“, wie man verächtlich sagte, gegen die „Novemberverschreiber“ ins Feld geführt wurden, mit dem Ziel, die Republik zu destabilisieren, um schließlich außenpolitisch die erträumte Weltmachtstellung wiederzuerlangen. Das alles traf damals schon auf weiten Widerhall bei Teilen der Bevölkerung, vor allem bei mittelständischen Gruppierungen, die hart von der Inflation getroffen waren, welche allgemein Arbeiter, Angestellte und kleine Gewerbetreibende belastete. Es ist auffällig, daß schon zu dieser Zeit die republikanisch-demokratischen Kräfte eher aus der Defensive argumentierten. Statt, wie vor kurzem noch sehr eindringlich dargelegt worden ist, etwa die Frage der Kriegsschuld offensiv aufzugreifen und damit deutlich zu machen, wo einzig und allein die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen lag, im Sinne einer Mobilisierung von Schichten, die der Republik skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden, gegen die Reak-

tion, die in Gestalt der Deutschnationalen Volkspartei nach den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 zur stärksten Fraktion des deutschen Reichstags wurde, versuchte man, den übelsten Verleumdungen mit Hilfe einer Justiz zu begegnen, die auf dem rechten Auge blind war und wie bekannt im Falle von Friedrich Ebert es jedem erlaubte, den Reichspräsidenten als Landesverräter zu diffamieren.

Zusammen mit dem Wiedererstarken der alten Gewalten setzte seit 1919 die Gegenoffensive der großen Industrie gegen die Errungenschaften der Revolution, vor allem gegen den 8-Stunden-Tag ein, die Anfang 1924 mit einem Sieg über die Gewerkschaften endete, die nach der Inflation mit leeren Streikkassen dastanden.

Die Jahre der sogenannten relativen Stabilität - gerade soviel wie eine Wahlperiode in der Bundesrepublik - mochten für die Berliner bürgerliche Gesellschaft mit ihren Schiefern und Inflationsgewinnlern die goldenen Zwanziger sein. Für den Großteil der Bevölkerung, vor allem für die Arbeiterschaft zeichneten sie sich durch eine hohe Sockelarbeitslosigkeit aus. 1926 betrug die Arbeitslosenrate immerhin 10 Prozent der abhängigen Erwerbspersonen. Rationalisierung und scharfe Verteilungskämpfe bestimmten das soziale Klima. Dabei wurde ein neues Phänomen sichtbar. Während in den Jahren vor 1914 die Zeit der Arbeitslosigkeit der einzelnen in der Regel nicht mehr als einige Wochen dauerte, erstreckte sie sich nun über Monate, ja Jahre hinweg, wurde schließlich zum Typischen im Leben der Arbeiter und Angestellten. Die Arbeitslosenversicherung, die in einem achtjährigen zähen Kampf mit den Unternehmen, die einmal mehr den Ruin der deutschen Wirtschaft in düsteren Farben ausmalten, 1927 errungen worden war, fiel bald im wesentlichen der allgemeinen sozialen Demontage, die sich als Kriegsbewältigung ausgab, zum Opfer. Was sich hinter den bekannten Zahlen an Elend verbarg, ist heute gar nicht mehr vorstellbar. Von 1929 bis 1932 ging selbst der Brotverbrauch im Ruhrgebiet um 20 Prozent zurück, und die Schulärzte konstatierten immer häufiger gefährliche Unterernährung.

Obwohl die Massenarbeitslosigkeit bestimmend war für die Endphase der Weimarer Republik, wäre es absolut verfehlt, in ihr die direkte Ursache für den Aufstieg der NSDAP und die schließliche Machtübernahme zu sehen. Es waren nicht die von der Krise betroffenen Arbeiter, die Hitler an die Macht gebracht haben. Das nationalistische Bürgertum, die Gläubigen monarchistischer oder autoritärer Herrlichkeit, das Großkapital, die radikalisierten Mittelschichten mit ihrer traumatischen Angst vor dem Abstieg ins Proletariat haben Hitler gewählt. Der NSDAP ist zu keiner Zeit und nirgendwo ein nennenswerter Einbruch in die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter-

schaft, den Hauptbetroffenen des Konjunkturverfalles, gelungen. Und trotzdem ist das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit ein Faktor, wenn es um die Frage nach der Ermöglichung nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland geht. Die Massenarbeitslosigkeit schwächte ganz entschieden die Widerstandskraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Um so unverständlicher ist der Fatalismus, mit dem die Führung der Sozialdemokratie und lange Zeit auch der Gewerkschaften dem gegenüberstanden. Dabei war die Arbeiterschaft im Begriff sich zu spalten in Beschäftigte und Arbeitslose mit jeweils verschiedener Interessenlage, ein Phänomen, das auch heute ernst genommen und zu adäquaten gewerkschaftlichen Reaktionen führen muß. Oft waren es gar nicht die großen ideologischen Gegensätze, die die politische Orientierung der Arbeiter bestimmten, sondern ihre augenblickliche soziale Lage. So war die KPD 1932 zur Partei der Erwerbslosen geworden. Ende des Jahres zählte man unter ihren Mitgliedern nur noch 11 Prozent Betriebsarbeiter, während ihre Zahl 1928 noch über 62 Prozent und 1930 32,2 Prozent betragen hatte. Die Dauerarbeitslosen hatten offensichtlich resigniert hinsichtlich der Möglichkeit, daß auf dem Boden der Weimarer Republik ihre Lage entscheidend verbessert werden könnte. Die Erfolge der KPD bei den Wahlen des Jahres 1932 sind vor allem wegen ihrer auf die Erwerbslosen gezielten Politik zu erklären - mit Erwerbslosenausschüssen und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Es spricht für die ADGB-Gewerkschaften, daß sie, wenn auch spät, zu spät, wie man heute sagen muß, sich perspektivisch dem Problem annahmen. Im Frühjahr 1932 traten sie nach langer interner Diskussion mit einem großangelegten Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von einer forcierten antizyklischen Konjunkturpolitik ausging, an die Öffentlichkeit. Verbunden mit einem Programm des „Umbaus der Wirtschaft“ war es durchaus eine Alternative zur Deflationspolitik und zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP. Es hatte aber keine Wirkung mehr, und außerdem lehnte es die traditionalistische Linke in der SPD ab. Den Gewerkschaften gelang es nicht, ihre Arbeitsbeschaffungsstrategie in der Partei durchzusetzen.

Liest man die Erinnerungen von führenden Sozialdemokraten aus jenen Jahren, so wiederholen sich bestimmte Attribute, mit der die Sozialdemokratie belegt wurde, wie müde, verbraucht, zermürbt durch die Dauerattacken von rechts und verstärkt auch seit 1928 von links, ratlos. Da ist vom „Mangel an schöpferischer politischer Phantasie und politischem Wagemut“ die Rede. Als „mitregierende Oppositionspartei“ haftete ihr in der Zeit von 1920 bis 1928 etwas Zwiespältiges an. Die Übernahme der Regierungsverantwortung in der Großen Koalition führte zu innerparteilichen Spannungen, und man war eigentlich erleichtert, daß über die Frage der Arbeitslosenversicherung die große

Koalition 1930 auseinanderbrach, die letzte parlamentarische Regierung in Deutschland für lange Zeit. Allerdings müssen die Versuche, der Sozialdemokratie die Schuld am Bruch der großen Koalition 1930 zuzuschreiben, als Geschichtsklitterung zurückgewiesen werden. Wie wir heute wissen, wollte die Rechte in der Koalition die SPD aus der Regierung drängen und brauchte dafür nur Vorwände.

Nach dem Schock des nationalsozialistischen Wahlerfolgs vom September 1930 stand die SPD vor der Alternative, das antidemokratische Präsidialkabinett Brüning gleichsam ohnmächtig zu tolerieren oder aber klassenkämpferisch innerhalb und außerhalb des Parlaments gegen das autoritäre Regiment zu agieren. Man entschied sich bekanntlich für das erste, das kleinere Übel. Die Geschichte hat gezeigt, daß diese Art der Politik zur Sicherung der Republik diese nicht retten konnte. Andererseits lag sie eben in den Traditionen dieser Partei begründet, in ihrem Legalismus und in dem illusionären Vertrauen auf die Macht der Organisation, das sich bis weit in die Kaiserzeit zurückverfolgen läßt. Die Tolerierungspolitik grenzte die Bewegungsfreiheit der Partei ein, es gab keine wirkliche Strategie gegen die schrittweise Aushöhlung des parlamentarischen Systems.

Der 20. Juli 1932 hätte die entscheidende Wende bedeuten können

Jener Zeitpunkt, zu dem das alles grell sichtbar wurde, war der 20. Juli 1932, der Tag des Staatsstreichs der Papen-Clique gegen die preußische Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer. Mit vielen Historikerkollegen bin ich der Meinung, daß dieser Tag die entscheidende Wende bedeutete und nicht der 30. Januar 1933. An diesem Tag hat sich gezeigt, daß dem Staatsstreich, dem nackten Verfassungsbruch, die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht entgegentrat. Wie schrieb doch Joseph Goebbels am Abend des 20. Juli 1932 in sein Tagebuch: „Man muß den Roten nur die Zähne zeigen, dann kuschen sie.“

Einerseits wurde an diesem Tag etwas sichtbar, nämlich die Diskrepanz zwischen dem sterilen Legalismus von Partei- und Gewerkschaftsführung und dem militanten, auf ein Signal wartenden Teil der in der Eisernen Front oder in den Hammerschaften organisierten Mitgliedern. Zum anderen muß man die Handlungsmöglichkeiten bedenken und abwägen, man muß die Kräfte einschätzen, die damals ins Spiel gebracht werden konnten: Reichswehr, SA, SS. Stahlhelm auf der einen Seite, Reichsbanner, Eisernen Front, schlecht bewaffnet beide, Teile der kasernierten preußischen Polizei auf der anderen. Der bewaffnete Widerstand wäre schnell zusammengebrochen. Aber wie sah es mit dem Generalstreik aus? Die KPD war dafür, das war natürlich ohne Folgen, so

eine Art politisches Maulheldentum. Man muß offensichtlich einige simple Tatsachen in Erinnerung rufen. Ende 1932 waren über 45 Prozent der ADGB-Mitglieder arbeitslos und mehr als 22 Prozent arbeiteten kurz. In einigen Einzelgewerkschaften, wie etwa der Baugewerkschaft, lag der Prozentsatz der Arbeitslosen knapp unter 90 Prozent. Zwischen 1929 und 1931 hatten die Gewerkschaften 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Das war eine entschieden andere Situation als beim Kapp-Putsch.

Bezogen auf den nicht durchgeführten Generalstreik und den nicht durchgeführten bewaffneten Aufstand aus Anlaß des Staatsstreichs Papens gibt es ein eindrucksvolles historisches Beispiel - und zwar Österreich. Die KPÖ war so gut wie nicht vorhanden. Die Gegner der Sozialisten, Nationalsozialisten und Heimwehfaschisten, waren zutiefst gespalten. Es gab einen gut bewaffneten republikanischen Schutzbund und ein Bundesheer, das nicht annähernd die Kampfkraft der Reichswehr hatte. Trotzdem scheiterte der bewaffnete Aufstand der österreichischen Arbeiter im Jahre 1934, vor allem scheiterte total der Generalstreik. Es gibt da sehr eindrucksvolle Berichte von den Beteiligten. Da heißt es etwa: Wir lagen hinter den Maschinengewehren und morgens gingen die Arbeiter, unsere Kollegen. an uns vorbei zur Arbeit und wir fragten sie: „Kollegen, wo geht ihr denn hin?“ Und diese guckten weg, weil sie sich schämten und sagten: „Wohin schon, zur Arbeit!“

Ich glaube, mit dieser einen Szene aus dem österreichischen Schutzbundaufstand ist über die Möglichkeit eines Generalstreiks nach einer langen Phase der Demoralisierung einer hoffnungs- und perspektivlosen Arbeiterschaft mehr gesagt, als in den vom Schreibtisch aus erhobenen Vorwürfen im nachhinein. Andererseits waren der Generalstreik und der „Widerstand bis zum äußersten“ von Partei- und Gewerkschaftsführung immer rhetorisch beschworen worden. Das Ausbleiben jeder Reaktion auf diesen Gewaltstreich (sieht man von dem Aufruf ab: bei den nächsten Wahlen es den Gegnern mit den Stimmzetteln heimzuzahlen) hatte gerade deswegen verheerende psychologische Folgen bei der sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, insbesondere bei Reichsbanner und Eiserner Front. Am 30. Januar 1933 war die Chance für einen gewaltsamen Widerstand schon nicht mehr gegeben.

Als am Abend dieses Tages Wilhelm Hoegner „müde und zerschlagen“ zum Anhalter Bahnhof ging, sah er die Massen der SA zusammenströmen. Wie er später schrieb: „Jugend, nichts als Jugend, ohne Bartflaum, frische Knabengesichter.“ Das führt zu einem Problem, das auch heute wieder von bedrohlicher Aktualität ist oder zumindest in absehbarer Zukunft werden kann: zum Verhältnis der die Weimarer Republik tragenden politischen Kräfte, insbeson-

dere Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaft zur Jugend. Die Überalterung der Mitgliedschaft war eklatant. 1930 lag der Anteil von SPD-Mitgliedern unter 20 bei ganzen 1,2 Prozent, die 20- bis 30jährigen waren verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich unterrepräsentiert. Die geringe organisatorische Erfassung der Jugend durch Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie war Ausdruck des Unverständnisses der älteren Funktionäre für die Bedürfnisse und Mentalitäten der nachwachsenden Generation, die nicht mehr von Kaiserreich und Weltkrieg geprägt war. Es stellte sich in diesen Organisationen das Generationsproblem im wesentlichen unter dem Aspekt der Disziplinierung. Ich kann hier nicht im einzelnen Vorstellungen, Protest, Idealismus und Irrationalität dieser Jugend analysieren, aber eines läßt sich mit Sicherheit sagen: Daß sie schließlich in ihrer Mehrheit das Potential der antirepublikanischen und faschistischen Kräfte verstärkte, war nicht eine historische Notwendigkeit, sondern Folge von unflexiblen, administrativ reagierenden Apparaten im Bereich der organisierten Arbeiterbewegung.

Die deutsche Arbeiterbewegung war gespalten, und das Verhängnisvolle daran war, daß auch unter dem Eindruck des gewaltigen Anwachsens der nationalsozialistischen Bewegung die Gegnerschaft zwischen den beiden Fraktionen der Arbeiterschaft bestehen blieb, ja sich verschärfte. Noch 1932 wurde der sogenannte „Hauptstoß“ der KPD gegen die SPD, den „Sozialfaschismus“, gerichtet, während man im reformistischen Lager „Nazis und Kozis“ in einen Topf warf. Ich will auf die allseits bekannten Fakten hier nicht eingehen. Tatsache ist, daß beide Fraktionen nicht in der Lage waren, zumindest einen Nichtangriffspakt in der offensichtlichen Krise der Republik zu schließen.

Die sogenannte „Einheitsfronttaktik“ der Kommunisten war weniger auf Einheit als auf Spaltung der Organisationen der reformistischen Arbeiterbewegung angelegt. Demgegenüber marschierte die faschistische und reaktionäre Rechte im Gleichschritt. Im Sommer 1929 anlässlich des Volksbegehrens gegen den Young-Plan formierte sich jenes Rechtskartell der Gegner der Demokratie, das im Oktober 1931 in der sogenannten Harzburger Front feste Konturen gewann. Damit war die Allianz zwischen nationalsozialistischer Massenbewegung und dem Großkapital angelegt, die vor allem in den Monaten nach dem Scheitern des Kabinetts von Papen bestimmend wurde. Nach der Machtübernahme sah das Großkapital sich bald in der Hoffnung bestätigt, daß Hitler den Einfluß der Gewerkschaften zurückdrängen und die Machtposition des Kapitals sichern und verstärken würde. Jedenfalls beschlossen seine führenden Vertreter am 20. Februar 1933 eine Wahlkampfspende in Höhe von 3 Millionen Mark für die Regierungsparteien aufzubringen.

Die NSDAP gelangte am 30. Januar 1933 zur Macht, nicht aufgrund eines überwältigenden Wahlsieges, sondern durch Aktionen hinter den Kulissen, aufgrund der Einflüsse Schwerindustrieller, Großagrarien und der Kamarilla um den Reichspräsidenten. Die darauf folgende pseudo-legale Machteroberungsphase bezog auf alle Bereiche von Staat und Gesellschaft traf nur noch auf geringen Widerstand, wobei die Haltung der ADGB-Führung in der Zeit zwischen dem 30. Januar und dem 2. Mai sehr kritisch zu bewerten ist.

Die politischen Gruppierungen, in deren Traditionen wir uns begreifen, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsflügel des Zentrums und jene Kommunisten, die in Hitlers Konzentrationslagern lernten, daß der Gegensatz zwischen dem sogenannten „Sozialfaschismus“ und dem Nationalsozialismus nicht „formalistisch“ und „undialektisch“ war, wie es zuvor geheißen hatte, haben die faschistische Herrschaft in Deutschland nicht verhindern können. Wir müssen uns heute davor hüten, in Kenntnis der 12 Jahre danach zu urteilen. Sozialistengesetz und italienischer Faschismus bestimmten letztlich die Erwartungen bei Freien Gewerkschaften und SPD, die glaubten, Hitler würde sich abwirtschaften. Die KPD sah das NS-Regime gleichsam als Durchlauferhitzer an. Nach Hitler werde der Bolschewismus herrschen, hieß es im ZK-Aufruf vom 21. Juni 1933. Konrad Heiden hat in der Emigration geschrieben, daß die Geschichte des Nationalsozialismus die Geschichte seiner Unterschätzung war. Seine Gegner in der Arbeiterbewegung haben diese Bewegung unterschätzt. Sie alle haben aufgrund ihrer humanitären Fortschrittsgläubigkeit und ihres evolutionistischen Geschichtsbildes das, was dann in zwölf Jahren geschehen ist, bis hin zur physischen Vernichtung von Millionen von Menschen, einfach nicht für möglich halten können. Illegalität, hatte man nicht die zwölf Jahre des Sozialistengesetzes glänzend überstanden? Selbst ein Faschismus à la Mussolini könnte die traditionsreiche deutsche Arbeiterbewegung nicht wirklich gefährden. Faschismustheorien hatte man nur in Ansätzen, eher gab es sie bei den Splittergruppen.

Wir heute, wir wissen, was die Folgen des 30. Januar waren. Wir können uns nicht herausreden, wenn es um Neofaschismus und um Schwächung demokratischen Bewußtseins geht und um leichtfertigen Umgang mit Parlamentarismus und Demokratie, um eine fatalistische Haltung gegenüber der Arbeitslosigkeit, um an Orwells „1984“ erinnernde Anfänge eines Überwachungsstaates, um Ausländerfeindlichkeit. Wir sind aufgerufen, gerade aus der Selbstkritik heraus, was die Geschichte der Gewerkschaft angeht, wachsam zu sein und auch den kleinen Anfängen selbstbewußt und entschlossen zu begegnen.